

***DIE LINKE.***  
**LANDESVERBAND BREMEN**

25. Landesparteitag

9. und 10. November 2019

Bürgerhaus Oslebshausen –  
Am Nonnenberg 40 Bremen

Antragsheft II

## INHALT:

<b>A – Antrag an den Landesparteitag</b>	<b>Seite 3</b>
A2 Anerkennung LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	Seite 3
A3 Regierungsbeteiligung beenden	Seite 4
A4 Bürgerantrag des Mietenratschlag unterstützen	Seite 5
A5 Bremer Strategiekonferenz der LINKEN	Seite 6
A6 Krankenhäuser ausfinanzieren	Seite 7
A7 Klimaneutrales Bremen	Seite 9
A8 Parteiarbeit stärken	Seite 10
A9 Amtszeiten begrenzen	Seite 12
A10 Antrag an das Frauenplenum / den Parteitag	Seite 13
A11 Sexismus bekämpfen	Seite 16
A12 Drogenkonsumräume	Seite 17
A13 Verkaufsverfahren Hulsberg stoppen	Seite 18
A14 Pflege gleichwertig betrachten	Seite 21
A15 Schuldenbremse ablehnen	Seite 21
<b>Kandidaturen</b>	<b>Seite 25</b>

Zusammenstellung: Andreas Hein-Foge

Druck: Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Bremen

# A - Anträge

## A2

Antragsteller\*innen: AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Bremen

- 1 liebe Genossinnen und Genossen,
- 2 wir, die AG Selbstbestimmte
- 3 Behindertenpolitik Bremen, beantragen
- 4 unsere Anerkennung durch den Parteitag als
- 5 LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
- 6 Bremen.

Gründe:

als LAG wollen wir die Bundesarbeitsgruppe Selbstbestimmte Behindertenpolitik

stärken - unser Sprecher Florian Grams ist im Vorstand der BAG und er leitet auch die Bremer AG. Zusätzlich ist er der Behindertenpolitische Sprecher unseres Landesverbandes. Es geht darum (heute stärker als je) auf die Probleme behinderter Menschen und ihrer Familien aufmerksam zu machen.

Die AG SBB in Bremen besteht seit 2015. Ihr gehören 5 ständige Menschen, mit und ohne Behinderung, mit und ohne Parteiausweis, an. Darüberhinaus nehmen bis zu 3 weitere

Personen spontan an den AG-Sitzungen, welche durch Florian vorbereitet werden, teil.

Die Bremer AG ist ständig vertreten beim Bremer Behindertenparlament und bringt dort regelmäßig Anträge, die in der Gruppe erarbeitet wurden, ein - mit Erfolg.

Es wurde eine Veranstaltung (18.9.17) zum Bundesteilhabegesetz mit Rolf Kohne gemeinsam mit der IG Schwerbehinderte beim DGB organisiert und erfolgreich durchgeführt.

An den jährlichen Protesttagen nehmen wir sowohl als Demo-Teilnehmerinnen als auch mit Info-Fahrrad /-Stand teil.

Wer etwas nachlesen möchte: es gibt von uns einen AG-Flyer, eine kritische Broschüre zum Bundesteilhabegesetz und ein Flugblatt mit dem Titel "Wachsam sein für Menschlichkeit-Gegen Ausgrenzung und Rassismus" und nicht zuletzt gab es eine Zuarbeit zum Wahlprogramm.

Es ist an der Zeit, dass auch der Landesverband Bremen eine LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik hat.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

# A3

Antragsteller\*innen: Olli Kornau

- 1 Die Partei DIE LINKE in Bremen kündigt nach
- 2 Beendigung des 25. Bremer Parteitages ihren
- 3 Rückzug aus der Regierungskoalition an. Bis
- 4 zu einer Neuordnung der Bremer Regierung
- 5 führen die gewählten/entsandten
- 6 Vertreter\*innen der Partei DIE LINKE die
- 7 ihnen übertragenen Aufgaben fort.

Begründung:

Der emanzipatorisch-gestalterische Spielraum unserer Regierungsbeteiligung ist mit einigen Initiativen zur rechtlichen und teilweise finanziellen Besserstellung von (besonders und/oder mehrfach) benachteiligten Gruppen fast ausgeschöpft. Nun geht es in den Haushaltsberatungen um das Verschieben von Mitteln und der kreativen Schöpfung von „Sondermitteln“ mit unabsehbaren Folgen. Denn den vermutlich steigenden Einnahmen stehen sicher steigende Ausgaben gegenüber:

- aus regulären und erwartbaren gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. den zurecht steigenden Gehältern im Öffentlichen Dienst oder den steigende Leistungen, basierend auf Rechtsansprüchen aus den Sozialgesetzbüchern, mit denen die teilweise dramatischen psychosozialen und gesundheitlichen

Folgen der horrenden Armut vieler Bremer\*innen gemildert werden sollen)

- aus einem notwendigen Abarbeiten altbekannter Investitionsstaus in öffentlichen Infrastrukturen aller Bereiche
- aus derben „neuen“ Finanzlöchern (Gesundheit Nord, Flughafen u.a.)

Für all dies und noch mehr Notwendiges zur Verhinderung des weiteren Zerbrechens unseres schon arg gebeutelten gesellschaftlichen Zusammenhaltes ist das Geld, ehrlicher Weise eingestanden, schlicht nicht da. Schlimmer noch, es ist ja da, aber in den falschen Kassen, im Besitz der herrschenden Klasse. Und daran können wir so nichts ändern...

Es ist an der Zeit, dass wir wenigstens hier in Bremen den konsequenten Schluss ziehen, bevor es zum zwangsläufig Desaster einer Regierungsbeteiligung im hegemonialen Kapitalismus kommt. Wenn wir uns nicht weiter mitverantwortlich machen wollen, müssen wir als Partei der Blendung, Ausbeutung und Unterdrückung unserer Mitmenschen als politische und vor allem gesellschaftliche Opposition entgegentreten. Der Klassenkampf wird nicht in den Parlamenten gewonnen!

¡venceremos!

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

# A4

Antragsteller\*innen: Christoph Spehr (Mitglied im Ko-Kreis des Mietenratschlages), Wilfried Scharfenberg (Mitglied im Ko-Kreis des Mietenratschlages), Dennis Altintas, (Ortsgruppensprecher LdW-Neustadt), Andrea Spangenberg (Vorstandsmitglied LdW)

Vom Bremer Mieter\*innenratschlag, der sich nach der Bremer Mietendemo gebildet hat, wurde der Vorschlag eines Bremer Bürgerantrages formuliert

Mit der beabsichtigten Sammlung von 4000 Unterschriften ab November 2019 soll in der Bremer Öffentlichkeit die Mietenbelastung und Wohnungsnot weiterhin skandalisiert werden und die rot/grün roten Regierung politisch unter Druck gesetzt werden.

- 1 Wir beantragen, dass der Landesverband
- 2 diese Kampagne für einen Bürgerantrag
- 3 politisch und materiell unterstützt.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag der r/g/r Regierung wird der Mietendeckel nach dem Berliner Modell auch für Bremen als politische Option benannt:

„Ein zeitlich begrenzter Mietendeckel für den Bestand, wie er zurzeit in Berlin angestrebt wird, kann auch für Bremen oder für einzelne Stadtteile zukünftig in Betracht kommen, falls die weitere Mietentwicklung dazu Anlass gibt. Dafür wollen wir die Erfahrungen in Berlin auswerten und den bremischen Mietmarkt im Rahmen des Stadtentwicklungsplans (STEP) Wohnen untersuchen, um daraus weitere Maßnahmen abzuleiten.“ (S.30 Koa-Vertrag)

Die Absichtserklärung ist relativ unverbindlich. Seit 7 Jahren verweist das Bremer Bündnis auf

- steigende Obdachlosenzahlen.
- rasant steigende Mieten mit der Folge von Verdrängungsprozess von Mietern aus attraktiven Innenstadtlagen
- rasant sinkender Bestand an Sozialwohnungen und Mangel an bezahlbaren Wohnungen.
- Neubauentwicklung in der Überseestadt und ehemaligen Brachflächen, die zu übersteuerten Wohnungen führen, da sie an den hohen Renditeerwartungen der Investoren orientiert ist. eine von Investoren getriebene Stadtentwicklung, (City Grabbing) die soziale Spaltungsprozesse vertieft.

Mit der Beteiligung an der Kampagne „Bürgerantrag“ wird das Thema Mietpreisentwicklung und Wohnungsnot begleitend zu den Haushaltsberatungen in die Öffentlichkeit getragen.

In Berlin aber auch in Bremen betreibt die Immobilienwirtschaft einen ideologischen Klassenkampf über den Wohnungsbau. Mit groß angelegten Werbekampagnen versucht sie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse weiter zur Hegemonie neoliberaler Wohnungspolitik zu verschieben.

Bei diesem Klassenkampf können wir nicht nur als Zuschauer der Berliner Wohnungspolitik an der Seite stehen, sondern sollten wie DIE LINKE. in Niedersachsen und Hamburg, offensiv für

einen Mietendeckel auch in Bremen uns engagieren.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

## A5

Antragsteller\*innen: Wilfried Scharenberg,  
Andrea Spangenberg

1	Bremer Ratschlag – Auf zu neuen Ufern	26	• Bildungs- und Ausbildungssituation
2	Im Zeitraum Mitte Januar – Mitte Februar	27	• Migrations- und Flüchtlingspolitik in Bremen
3	wird auf Landesebene eine eine 2-tägige	28	• Klima- und Verkehrspolitik
4	Strategiedebatte nach dem Muster	29	• Etc
5	vergänger Konferenzen in Bremen	30	• Als auch Themen der Bundes- und EU-Ebene
6	durchgeführt.	31	• Wohnungs- und Pflegekampagne
7	Mit der Konferenz auf Landesebene soll die	32	• Widerstand gegen die Schuldenbremse – Für eine andere Steuerpolitik
8	bundesweite Strategiekonferenz vom 29.	33	• Antwort auf Rezession Tariffucht und Leiharbeit
9	Februar bis 1. März in Kassel inhaltlich	34	• Energie- und Klimapolitik
10	vorbereitet und auch die Bremer	35	• Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus
11	Parteimitglieder und Bündnispartner im	36	• Parteientwicklung- und Strategie
12	Vorfeld in den Diskussionsprozess einbezogen	37	• Bündnispolitik und Aufbau von Gegenmacht gegen neoliberale Hegemonie
13	werden.	38	• Antimilitarismus – Raus aus der Nato – Krieg in Syrien
14	<a href="https://strategiedebatte.die-linke.de/start/">https://strategiedebatte.die-linke.de/start/</a>	39	• Etc
15	Nach dem Muster vergangener Bremer	40	
16	Ratschläge könnte die Konferenz mit einer	41	
17	Podiumsdiskussion eingeleitet werden, an der	42	
18	sich inhaltliche Workshops anschließen.	43	
19	Die Themen sollten Politikfelder der	44	
20	Landesebene:	45	
21	• Wohnungs- und Stadtentwicklung in	46	
22	Bremen – bisherige Bilanz der	47	
23	Koalition	48	
24	• Bremen als Hochburg der Leiharbeit	49	
25	und Rüstung	50	Der Landesvorstand wird dazu aufgefordert,
		51	in Zusammenarbeit mit den Kreisvorständen,
		52	interessierten Genoss*innen und der Fraktion
		53	die Konferenz organisatorisch und inhaltlich
		54	vorzubereiten. Es ist sicherzustellen, dass
		55	diese Konferenz als Basiskonferenz zur

56 Selbstverständigung der Mitglieder und ihrer  
 57 gewählten Organe vorbereitet und  
 58 durchgeführt wird.  
 59 Um unseren Anspruch als verbindende und  
 60 organisierende Partei zu entsprechen,  
 61 werden in diese Konferenz Bremer

62 Bündnispartner aus den Gewerkschaften, der  
 63 Klima- und Friedensbewegung, der  
 64 Flüchtlingsbewegung und Aktivisten der  
 65 Proteste gegen Hartz IV und Wohnungsnot  
 66 eingeladen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

## A6

Antragsteller\*innen: Sebastian Rave, Roman Fabian, Peter Erlanson, Fabrice Wendt, Friederike Emole, Daniel Urbach, Maja Tegeler, Karl Brönne

1 **Krankenhäuser ausfinanzieren,**  
 2 **Personalbemessung einführen**  
 3 Das erste mal in der Geschichte hat Bremen  
 4 eine linke Gesundheitssenatorin. Die  
 5 Erwartungen von Beschäftigten im  
 6 Gesundheitsbereich und von Patient\*innen  
 7 sind hoch. Wir wollen klar machen, was für  
 8 einen deutlichen Kurswechsel in der Bremer  
 9 Gesundheitspolitik nötig ist.  
 10 Die wohnortnahe Patient\*innenversorgung  
 11 muss erhalten und ausgebaut werden, dazu  
 12 benötigen wir jedes Krankenhaus (14 im  
 13 Lande Bremen), jede Station und einen  
 14 deutlichen Zuwachs an Fachpersonal. Ob  
 15 Patient\*innen ambulant, teilstationär oder  
 16 vollstationär versorgt werden, unterliegt der  
 17 medizinischen Notwendigkeit und nicht  
 18 finanziellen Vorgaben.

19 **Investitionsmittel erhöhen, Krankenhäuser**  
 20 **ausfinanzieren**  
 21 Bremen muss die Investitionen in die  
 22 Krankenhäuser deutlich erhöhen. Die  
 23 jahrelange Unterschlagung der notwendigen  
 24 Investitionsmittel durch das Land Bremen hat  
 25 in den Krankenhäusern einen  
 26 existenzgefährdenden Sanierungsstau und  
 27 einen die Patientenversorgung gefährdenden  
 28 Fachkräftemangel hinterlassen. Damit muss  
 29 Schluss sein.  
 30 Wir fordern:  
 31 • Die Entschuldung der Gesundheit  
 32 Nord  
 33 • Eine Finanzierungszusage des Senats  
 34 für  
 35 ○ das dringend notwendige neue  
 36 Bettenhaus am Klinikum Links der  
 37 Weser in Obervieland  
 38 ○ für die Sanierung des Klinikum  
 39 Bremen Ost  
 40 ○ für die notwendigen Investitionen  
 41 in das Klinikum Bremen Nord

- 42 • Den Erhalt der Kinderkliniken in  
43 Bremen Nord & Links der Weser, mit  
44 einer neonatologischen Versorgung  
45 nach Level II
- 46 • Den Erhalt des Rückzugshauses der  
47 GAPSY und den Ausbau der  
48 ambulanten Psychiatrie - bei  
49 Vergütung der Beschäftigten nach  
50 TVöD

51 **Personalbemessung einführen**

52 Notwendig sind nicht nur Investitionen in  
53 Beton und Geräte sondern auch in  
54 Maßnahmen der Gesundheitserhaltung des  
55 Personals. Der Fachkräftemangel,  
56 insbesondere in der Krankenpflege ist  
57 katastrophal. Wenn wir wollen, dass wieder  
58 mehr Menschen einen Beruf in der  
59 Krankenpflege ergreifen und diesen dann  
60 auch langfristig ausüben, müssen wir für  
61 vernünftige Arbeitsbedingungen und eine  
62 angemessenen Bezahlung sorgen. Dafür  
63 braucht es eine gesetzliche, bedarfsgerechte  
64 Personalbemessung im Land Bremen,  
65 angelehnt an die Forderungen des Bremer  
66 Volksbegehrens für mehr  
67 Krankenhauspersonal. Zudem muss eine  
68 sofortige Personaloffensive gestartet werden  
69 und alles dafür getan werden, dass das  
70 vorhandene Personal weiterhin für die  
71 Patient\*innenversorgung zur Verfügung  
72 steht.

73 **Demokratische Kontrolle durch die**  
74 **Beschäftigten**

75 Es deutet einiges auf Missmanagement bei  
76 der Geno hin. Dagegen helfen keine teuren  
77 Managementberater, die den Wasserkopf nur  
78 vergrößern. Die Beschäftigten im

79 Krankenhaus wissen am besten, wo der  
80 Schuh drückt. Sie müssen viel stärker als  
81 bisher in die Verwaltung der Krankenhäuser  
82 und in die Erarbeitung einer medizinischen  
83 Strategie einbezogen werden.  
84 Entscheidungen müssen von Beschäftigten,  
85 Gewerkschaften, Patient\*innenvertretungen  
86 und dem Land getroffen werden.

87 **GND und Co. wieder eingliedern**

88 Die Ausgliederung der nicht-medizinischen  
89 Versorgung wie Reinigung, Sicherheit, Logistik  
90 in z.B. die GND (Gesundheit Nord  
91 Dienstleistungen), um Löhne zu kürzen, muss  
92 rückgängig gemacht werden. Die GND und  
93 ihre Beschäftigten müssen wieder vollständig  
94 in die Krankenhäuser eingegliedert werden  
95 und die Vergütung nach TVöD erfolgen.

96 **Fallpauschalen abschaffen**

97 Die Krankenhausfinanzierung durch  
98 Fallpauschalen ist krank, falsch und  
99 unsolidarisch. Sie öffnet Profitorientierung  
100 und Konkurrenz im Gesundheitswesen Tür  
101 und Tor. Stattdessen fordern wir auf allen  
102 Ebenen eine Ausfinanzierung der  
103 Krankenhäuser nach Bedarf.

104 **Mobilisieren und kämpfen, um Forderungen**  
105 **durchzusetzen**

106 Um diese Forderungen durchzusetzen,  
107 braucht es politischen Druck auf den Senat.  
108 Wir wollen gemeinsam mit Beschäftigten,  
109 Patient\*innen, Gewerkschaften und  
110 Bündnissen dafür kämpfen. Wir wollen  
111 Mobilisierungen initiieren und unterstützen.  
112 Denn ein gesundes Gesundheitssystem geht  
113 alle an

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	



# A7

Antragsteller\*innen: Ingo Tebje, Felix Pithan

## 1 Für ein klimaneutrales Bremen

2 Angesichts der Gefahren durch den vor allem  
3 von der Verbrennung fossiler Brennstoffe  
4 verursachten Klimawandel müssen wir den  
5 Ausstoß von Treibhausgasen auch in Bremen  
6 so schnell wie möglich auf null reduzieren.  
7 Der Koalitionsvertrag setzt eine Reduktion  
8 um 80% bis 2030 (mit Ausnahme der  
9 Stahlwerke) als Ziel. DIE LINKE. Bremen  
10 unterstützt darüber hinaus die auch von  
11 Fridays for Future erhobene Forderung, dass  
12 Bremen bis 2030 klimaneutral werden soll.  
13 Dazu braucht es hier vor Ort erhebliche  
14 Anstrengungen in der Verkehrswende, dem  
15 Umbau zu einem klimaneutralen  
16 Gebäudebestand, einen beschleunigten  
17 Kohleausstieg, einen massiven Einstieg in die  
18 Wasserstoffherstellung, einen starken  
19 Ausbau der Photovoltaikanlagen und eine  
20 konsequente Klimaschutzpolitik auf Bundes-  
21 und europäischer Ebene.

### 22 1. Verkehrswende durch Ausbau des ÖPNV 23 und Klimaschutzquartiere

24 Wir wollen den Ausstieg aus der Technologie  
25 des Verbrennungsmotors bis 2030 schaffen.  
26 Der motorisierte Individualverkehr soll in  
27 Bremen und Bremerhaven zur Ausnahme  
28 werden und nur noch abgasfrei aus  
29 erneuerbaren Energien betrieben werden.  
30 Dazu braucht es einen zügigen und  
31 ambitionierten Ausbau des  
32 Straßenbahnnetzes und zusätzlicher S-Bahn-  
33 Haltepunkte auch über den Technologiepark  
34 hinaus, ein sicheres, komfortables, schnelles  
35 und flächendeckendes Radwegenetz sowie  
36 einen städtebaulichen Umbau von der  
37 autogerechten zur menschengerechten Stadt.

38 Wir halten an unserer Forderung nach einem  
39 kostenfreien, als gesellschaftliche Aufgabe  
40 von allen finanziertem ÖPNV fest.

41 Über die autofreie Innenstadt hinaus wollen  
42 wir öffentlichen Raum von parkenden und  
43 fahrenden PKW befreien, um Platz für eine  
44 klimaschonende Mobilität und gesteigerte  
45 Lebensqualität zu schaffen. Wir wollen  
46 autoarme Klimsschutzquartiere zuerst in den  
47 innenstadtnahen, schon gut vom ÖPNV  
48 erschlossenen Stadtteilen einrichten und mit  
49 dem Ausbau des ÖPNV Schritt für Schritt  
50 ausweiten. In den Klimaschutzquartieren soll  
51 es stationsgebundenes Bikeshaing mit  
52 kostenlosen Fahrten bis 30 min nach  
53 Hamburger Vorbild, ausleihbare Lastenräder  
54 und Fahrradständer in allen Straßen geben.  
55 Die Quartiere müssen komplett mit sicheren  
56 Radwegen erschlossen werden. In  
57 Klimaschutzquartieren wird flächendeckende  
58 Parkraumbewirtschaftung mit  
59 Anwohner\*innenparkplätzen eingeführt.  
60 Illegales Parken wird konsequent geahndet.  
61 Ein Teil des bisherigen Parkraums wird für  
62 Fuß- und Radwege,  
63 Fahrradabstellmöglichkeiten und eine  
64 größere Aufenthaltsqualität im öffentlichen  
65 Raum durch Spielplätze, Sitzgelegenheiten  
66 und Straßenbegrünung umgewidmet. Straßen  
67 können verkehrsberuhigt oder teilweise  
68 zurückgebaut bzw. spurweise zu Radwegen  
69 umgewidmet werden. Diese Maßnahmen  
70 sollen mit den Beiräten und unter Beteiligung  
71 der Bürger\*innen für jeden Stadtteil auf dem  
72 Weg zum Klimaschutzquartier erarbeitet  
73 werden.

### 74 2. klimaneutraler Gebäudebestand

75 Bremen muss mit guten Beispiel voran gehen  
76 und die notwendigen energetischen

77 Sanierungsmaßnahmen an öffentlichen  
 78 Gebäuden voran treiben. Ziel muss sein, den  
 79 Verbrauch von Heizenergie massiv  
 80 abzusenken und mindestens die  
 81 Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der  
 82 verbleibende Energieverbrauch bis 2030 aus  
 83 erneuerbaren Energien gedeckt werden kann.  
 84 Für die energetische Sanierung von  
 85 Mietwohnungen wollen wir ein  
 86 Landesprogramm für warmietenneutrale  
 87 energetische Sanierungen schaffen.  
 88 Angesichts der massiv steigenden Baukosten  
 89 auch wegen der hohen Nachfrage im  
 90 Baubereich muss der Senat prüfen, welche  
 91 zusätzlichen Planungs- und eigenen  
 92 Baukapazitäten in öffentlicher Hand sinnvoll  
 93 wären.

### 94 3. Erneuerbare Energien

95 Wir wollen wie im Koalitionsvertrag  
 96 festgeschrieben alle aus technischer und  
 97 wirtschaftlicher Sicht dazu geeigneten  
 98 öffentlichen Dächer mit Photovoltaikanlagen  
 99 ausrüsten. Der Senat soll im Laufe des  
 100 nächsten Jahres eine Bestandsaufnahme und  
 101 einen Umsetzungsplan vorlegen, mit dem alle

102 jetzt erkennbaren Potentiale spätestens 2030  
 103 ausgenutzt werden.

104 Darüber hinaus soll der Bremer Senat die  
 105 bremer Unternehmen und die bremer  
 106 Energiewirtschaft darin unterstützen, um  
 107 verschieden Projekte der  
 108 Wasserstoffherstellung in Bremen  
 109 anzusiedeln und auszubauen. Auch eine  
 110 Beteiligung an strategischen  
 111 Gemeinschaftsunternehmen ist dabei zu  
 112 prüfen.

113 Da die öffentliche Hand zur Zeit Kredite mit  
 114 Zinsen unterhalb der Inflationsrate  
 115 aufnehmen kann, die Folgekosten  
 116 unterlassener Investitionen in den  
 117 Klimaschutz aber enorm sind, gebietet auch  
 118 die Klimakrise eine Abschaffung der  
 119 Schuldenbremse. Die von uns  
 120 vorgeschlagenen Investitionen in den  
 121 Klimaschutz sind volkswirtschaftlich und oft  
 122 sogar betriebswirtschaftlich sinnvoll und  
 123 müssen ohne Zeitverzug begonnen werden.  
 124 Wir begrüßen die dazu beginnende Debatte  
 125 auf Bundesebene und wollen die  
 126 entsprechende Diskussion auch in Bremen  
 127 führen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

## A8

Antragsteller\*innen: Karl Brönnle, Friederike  
 Emole, Anna Fischer, Sofia Leonidakis, Maja  
 Tegeler, Olaf Zimmer

### 1 Parteiarbeit stärken

2 1. Der\*die Landesschatzmeister\*in prüft  
 3 Möglichkeiten, wie die Arbeit der  
 4 Landessprecher\*innen durch zusätzliche

5 Ressourcen, etwa durch  
 6 Aufwandsentschädigungen, unterstützt  
 7 werden können. Diese sollen der besseren  
 8 Vereinbarkeit von Familie und Engagement in  
 9 der Partei sowie der Ermöglichung von  
 10 Reduzierung von Erwerbsarbeit dienen.  
 11 Der\*die Landesschatzmeister\*in legt  
 12 verschiedene Varianten hierfür dem

- 13 Landesvorstand vor, der über diese  
14 beschließt.
- 15 2. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten unserer  
16 Partei muss die politische Arbeit in den  
17 Stadtteilen und den Bewegungen sein. Der  
18 Landesvorstand und die Kreis- bzw.  
19 Ortsverbände sollen unter Einbeziehung der  
20 Fraktionsmitglieder dazu Möglichkeiten  
21 entwickeln, wie strukturelle Bedingungen für  
22 die Arbeit in den Kreis- und Ortsverbänden  
23 effizienter und attraktiver gestaltet werden  
24 können.
- 25 Geprüft werden soll dabei unbedingt auch:
- 26 ○ ob und wie die Landesgeschäftsstelle  
27 ggf. stärker in Verwaltungsaufgaben  
28 der Kreisverbände einbezogen  
29 werden kann,
  - 30 ○ ob die Stärkung der  
31 Abgeordnetenbüros durch die  
32 Schaffung zusätzlicher Minijobs – ggf.  
33 auch nur in Einzelfällen – zielführend  
34 wäre,
  - 35 ○ ob die Gründung bzw. Stärkung von  
36 Basisgruppen gegebenenfalls als  
37 Alternative für die formalen Rahmen  
38 von Kreisverbänden/-vorständen die  
39 politische Arbeit verbessern würde,
  - 40 ○ wie wir als Partei DIE LINKE  
41 Strukturen schaffen können, die die  
42 Kontakte zu sozialen Bewegungen  
43 verstetigen und diese selbst stärken.

**Begründung:**

Unser Anspruch an uns als Partei ist in den letzten Jahren und gerade durch unsere neue Rolle als Regierungsmitglied stark gewachsen. Wir wollen es schaffen, auch in der Regierung diese kritisch zu begleiten, wenn notwendig zu intervenieren und eine Brücke zwischen Regierung, Parlament und Bewegung zu sein. „Partei in Regierung und Bewegung“ heißt es deshalb auch im

Leitantrag für diesen Parteitag. Diese neuen Ansprüche mit unseren bisherigen Strukturen zu bewältigen bedeutet an vielen Stellen zum einen eine Intensivierung der bisher sowieso bestehenden Aufgaben und zum anderen ganz neue Aufgaben, in die wir uns erst einfinden müssen.

In unseren Augen müssen diese veränderten Aufgaben und neuen Zielsetzungen auch bedeuten, sich mit den strukturellen Bedingungen unserer politischen Arbeit auseinander zu setzen und auch hier nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Wie können wir unseren Ansprüchen gerecht zu werden, ohne die Grenzen des Ehrenamts zu überschreiten oder gar Menschen von Partei-Arbeit abzuschrecken? Wie können wir das Engagement in der Partei so gestalten, dass es nicht zu Frust und Überforderung führt?

Der Antrag setzt zum einen an der Gestaltung der Positionen der Landessprecher\*innen an und zum anderen an der Arbeit in den Kreis- und Ortsverbänden.

Die Landessprecher\*innen vertreten Die Linke im Koalitionsausschuss, einem Gremium, dem die Senator\*innen, sowie die Landesvorsitzenden der Grünen und der SPD angehören. Der Koalitionsausschuss tagt monatlich und ist dafür verantwortlich, die Arbeit der Regierung in Bezug auf den Koalitionsvertrag abzustimmen und falls es zu Unstimmigkeiten kommt, Kompromisse zu verhandeln. Damit sind die Landessprecher\*innen mit verantwortlich dafür, die Rolle der Linken als kritische Stimme in der Regierung wahrzunehmen und müssen diese Aufgabe entsprechend gut vorbereitet angehen.

Darüber hinaus nehmen die Landessprecher\*innen als Teil des Geschäftsführenden Landesvorstands auch weiterhin wichtige Funktionen in der Partei wahr: Sie sind Arbeitgeber\*in der Mitarbeiter\*innen der Landesgeschäftsstelle, koordinieren die Arbeit des Landesvorstands und vertreten Die Linke Bremen nach außen.

Diese verschiedenen Aufgaben waren immer schon relativ umfassend, haben durch die Regierungsbeteiligung unserer Partei zugenommen und sind vor allem noch wichtiger geworden. Es ist notwendig, dass die Landessprecher\*innen genug Kapazitäten haben, diese Aufgaben wahrzunehmen.

Dafür kann es erforderlich sein, durch eine finanzielle Unterstützung ein Engagement für dieses zeitraubende Parteiamt überhaupt erst möglich zu machen. Politisch wichtige Funktionen wahrzunehmen darf nicht zur Vorbedingung haben, über eine finanzielle Absicherung zu verfügen!

Die Kreis- und Ortsverbände sind die Basisstrukturen, in denen sich Aktive unserer Partei organisieren. Die politische Arbeit in den Stadtteilen muss gerade hier verankert sein und für Neumitglieder muss es hier Möglichkeiten geben, aktiv zu werden und Die Linke kennen zu lernen. Dafür notwendig sind Stadtteilbüros, die über ausreichende Ressourcen z.B. für Büroöffnungszeiten verfügen. Die Aktiven der Kreis- und Ortsverbände übernehmen oft Verantwortung in den Vorständen. Die Wahrnehmung und Beschränkung auf formale Vorstands-Aufgaben frisst oftmals die knappen Personal-Ressourcen, die wir für politische Arbeit im Stadtteil und in Bewegungen dringender brauchen. Wir müssen überlegen, wie wir die Arbeit in den Kreis- und Ortsverbänden effizienter, ressourcenschonender und attraktiver gestalten können, um Kapazitäten für politische Arbeit im Stadtteil und in den Bewegungen zu gewinnen..

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

## A9

Antragsteller\*innen: Olli Kornau

Begründung:

- 1 Die Partei DIE LINKE in Bremen beschließt
- 2 zusätzlich zu bestehenden Regelungen auf
- 3 Landes- und Bundesebene, dass in öffentliche
- 4 Ämter (Stadtverordnetenversammlung,
- 5 Bürgerschaft, Beiräte u.ä.) gewählte
- 6 Mitglieder oder Vertreter\*innen der Partei
- 7 DIE LINKE, diese Ämter maximal zwei
- 8 Legislaturen besetzen dürfen.

a) Die Arbeit der gewählten Genoss\*innen ist anstrengend und zeitraubend. Aber sie ist kein Zauberwerk. Alle unsere Mitglieder können dazu befähigt werden, diese öffentlichen Ämter auszuüben. Im Sinne der Verbreitung von Theorie und Praxis brauchen wir einen stärkeren Wechsel in den öffentlichen Ämtern.

b) Mögen die Posten auch noch so unbedeutend für das Große Ganze sein; Macht korrumpiert auf die eine oder andere Weise. Dies nicht einzugestehen ist naiv und fahrlässig, für einen emanzipatorischen Kampf sogar gefährlich.

c) Ein häufigerer Wechsel in den öffentlichen Ämter bringt mit großer Wahrscheinlichkeit eine lebendigere Organisation hervor. Eine fortlaufend Analyse der Machtverhältnisse und die Ausarbeitung.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

## A10 an Frauenplenum / Parteitag

Antragsteller\*innen: Anna Fischer, Friederike Emole, Andrea Spangenberg, Bettina Fenzel, Maja Tegeler, Sofia Leonidakis, Anke Maurer, Medine Yildiz

In den vergangenen Monaten und Jahren sind einige Dinge passiert, die uns zum Verfassen dieses Antrags und zur Einberufung des Frauen\*plenums gebracht haben. Wir wollen diese Vorfälle und Strukturen nicht länger hinnehmen und uns an dieser Stelle den Raum nehmen, diese zu thematisieren und Veränderungen zu fordern.

An dieser Stelle seien ein paar Vorfälle sowie grundsätzliche Strukturen benannt, die dafür sorgen, dass der Landesverband dieser Partei zu oft kein sicheres oder freundliches Umfeld für Frauen\* und LGBTQ\* (lesbische, schwule, bisexuelle, inter, trans und queere\* Personen) ist.

- Trotz des Wissens um krass übergriffiges, sexistisches und traumatisierendes Verhaltens, sowie sexualisierten Grenzüberschreitungen durch

ein männliches Parteimitglied wurde dies jahrelang ignoriert, toleriert und verschwiegen. Es wurde nichts unternommen, um die betroffene Genossin z.B. auf Parteiveranstaltungen zu schützen. Kritik von weiteren Genossinnen wurde ebenso ignoriert, heruntergespielt und abgewürgt. Der Täter wurde weiterhin gefördert und nachdem Betroffene das Verhalten thematisiert hatten verteidigt. An dieser Stelle braucht es Konsequenzen, die Betroffene schützen!

- Auf der Kreismitgliederversammlung des Kreisverbands Mitte-Ost im September 2019 wurden enorme Bemühungen angestellt, um einen Kandidaten, der durch jahrelanges sexistisches und übergriffiges Verhalten aufgefallen ist, gegen die Benennung dieses Verhaltens zu verteidigen und zu schützen. Die aggressive und manipulative Weise, mit der den betroffenen Genossinnen die Legitimität ihrer Positionierung gegen den Kandidaten abgesprochen wurde, führte für diese zu einer extrem unangenehmen und feindlichen Situation. Dabei wurde

suggestiert, dass ja der benannte Kandidat das Opfer der Aussprache gegen ihn und der Offenlegung seines Verhaltens wäre. Damit wurde das Verhältnis von Täter und Opfer umgekehrt und versucht diejenigen, die Sexismus angesprochen hatten, zum Schweigen zu bringen. Im Nachgang wurde darüber hinaus sogar davon gesprochen, dass auf der KMV "Sexismus instrumentalisiert" worden sei. Nicht Genossinnen, die Sexismus benennen und versuchen dagegen anzugehen sind das Problem, es sind die Sexisten selbst sowie diejenigen, die sie schützen und weiter fördern!

- Stalking/Nachstellung durch ein weiteres männliches Parteimitglied gegen eine Genossin – auch im Rahmen von Parteiveranstaltungen. Auch wenn dies von anderen Genoss\*innen nicht ignoriert wurde, gab es einen Mangel an Möglichkeiten, Parteeräume sicher zu gestalten oder der betroffenen Genossin ein sicheres Gefühl auf Parteiveranstaltungen zu geben.
- Anzügliche, doppeldeutige Bemerkungen und Blicke gerade gegenüber jungen Frauen\* und Mädchen\* (ja, gerade gegenüber Minderjährigen passieren solche Dinge auch!). Wie wichtig ist uns unser Parteinachwuchs, wie lange wollen wir darüber lamentieren, dass ja so wenige junge Menschen und gerade junge Frauen\* sich in der Partei engagieren, wenn solche Dinge nicht abgestellt werden können?
- Trans\*- bzw. queere Personen erfahren in unserem Landesverband zwar überwiegend grundsätzliche Akzeptanz; dies täuscht aber nicht darüber hinweg, dass im persönlichen Umgang zum Teil immer noch Diskriminierungsmuster durchschlagen. Dies drückt sich z.B. durch (teilweise bewusstes)

„Misgendering“ (Verwendung falscher Anreden) aus oder dadurch, dass die betreffenden Personen in bestimmten Diskursen oder Kontexten oft nicht mitgedacht werden. Die leider wiederkehrende Erzählung, „zuviel Queer“ weiche feministische Fortschritte auf, ist hier das Gegenteil von hilfreich.

- Auf einer Demo vor der Bürgerschaftswahl kam es zu einem physischen Übergriff durch ein männliches Parteimitglied gegen eine Genossin. Das gleiche Mitglied hat mehreren weiblichen Genossinnen gegenüber psychischer Gewalt ausgeübt, sich respektlos und übergriffig verhalten, ohne dass andere Parteimitglieder oder -gremien eingeschritten sind.
- Auf mehreren Parteiveranstaltungen gabe es Grenzübergreife durch Männer gegenüber Frauen\*, inklusive Begrapschen und extrem grenzverletzenden „Anmach“sprüchen. Offensichtlich betrachten einige männliche Genossen die weiblichen Parteimitglieder als eine Art Staffage, die Mann erniedrigen, beleidigen, betatschen und über die man in bestimmtem Umfang verfügen kann. Diese Form von patriarchalem Verhalten ist absolut inakzeptabel!
- Die grundsätzliche Stimmung in der Partei und auf Parteiveranstaltungen ist bestimmt durch männliches Mackergehabe und dominantes Redeverhalten. Dazu gehört unter anderem auch die x-te Wiederholung des Gesagten, weil vor allem männliche Genossen unbedingt alle einmal das Gleiche sagen wollen. Ellenlange Redelisten kosten uns Zeit, das Verhalten ist eine unnötige Raumnahme und sollte gerändert werden!

- Viele Sitzungen haben Familien-unfreundliche Sitzungszeiten und grenzen Menschen mit Doppelbelastung aus.
- Oft wird die Reproduktionsarbeit überwiegend von Frauen\* übernommen: Abspülen nach Treffen, Bereitstellung von Verpflegung auf Sitzungen, Reinigung der Parteiörtlichkeiten. In einem feministischen Verband, der ein progressives Verständnis von Geschlechterrollen hat, sollte es für männliche Genossen selbstverständlich sein, insbesondere für diese Aufgaben Verantwortung zu übernehmen. (Auf den wenigen durchaus vorhandenen positiven Beispielen sollten wir aufbauen.)

#### **Forderungen/Beschlussvorlage:**

- Die Räumlichkeiten der Partei müssen sichere Räume sein. Es muss Möglichkeiten geben, übergriffige Personen aus den Räumlichkeiten und von Veranstaltungen auszuschließen! Es soll geprüft werden, auf welchen Ebenen und mit welchen Mitteln dies umgesetzt werden kann.
- Gremium & Verfahren: Es soll eine Ansprechstelle für von Sexismus und/oder Queerfeindlichkeit betroffenen Personen geschaffen werden. Diese Ansprechstelle kann an Kreis-/Landesvorstände, Versammlungen und Landesarbeitskreise dringende Empfehlungen aussprechen, wie im Kreis-/Landesverband mit Personen/Vorfällen umgegangen werden soll und steht betroffenen Personen unterstützend und parteilich zur Seite. Das Gremium kann darüber hinaus – wenn von betroffenen Personen gewünscht und auf anderen Wegen nicht erfolgreich – parteiintern Vorfälle thematisieren.
- Es muss klar sein, dass es absolut legitim, möglich und zu unterstützen ist,

- wenn Genossinnen\*
- sexistisches/übergriffiges Verhalten bekannt machen. Es kann in unserer Partei kein Raum für Täter\*innenschutz geben!
- Es sollen Möglichkeiten gefunden werden, wie auf Parteiveranstaltungen und insbesondere großen Versammlungen Strukturen geschaffen werden können, die von Sexismus betroffenen Personen Sicherheit geben. Eine Möglichkeit ist das in vielen Variationen bestehende "Awareness"-Konzept. Auch hier sollte das eigentlich überfällige Gleichstellungskonzept für den Landesverband ansetzen. Wir sprechen uns für verstärkte Bemühungen aus, dies endlich zu entwickeln.
- Grundsätzlich muss klar sein: Sexismus zu benennen muss in einer sich als feministisch und progressiv verstehenden Partei möglich sein. Täter zu schützen setzt patriarchale Strukturen und Traditionen fort, ist anti-emanzipatorisch und schreckt Frauen\* von Engagement in der Partei ab. Die Ansprache von Sexismus durch den Vorwurf der Instrumentalisierung von Sexismus oder in irgendeiner anderen Weise abzuwerten gehört da ebenfalls dazu.
- Ebenfalls muss klar sein: Nein heißt Nein! Wir wundern uns immer wieder, dass dies heute noch formuliert werden muss, sehen es aber für notwendig dies an dieser Stelle noch einmal zu betonen. Wenn dieses Grundprinzip in unserer Partei nicht angekommen ist, schaffen wir einen gerade für Frauen\* unsicheren Ort.
- Darüber hinaus muss klar sein: Alte/Ältere Männer, die sich an junge Frauen\* ran machen, sie mit anzüglichen oder doppeldeutigen Bemerkungen und Blicken vor anderen bloßstellen oder den vermeintlich lustigen Onkel spielen und ihr

67 Alter (und ihren Status) als Vorteil  
 68 ausnutzen, um Machtverhältnisse zu  
 69 verfestigen, können in unserer Partei nicht  
 70 willkommen sein. Wenn ihr nicht wisst, wie  
 71 ihr mit jungen Frauen\* / Mädchen\*  
 72 umgehen sollt, haltet euch fern! Wir sind  
 73 hier, um Politik zu machen, wir verstehen  
 74 uns als Genoss\*innen und wollen solidarisch  
 75 miteinander umgehen. Wir sind nicht hier,  
 76 um uns in Komplimenten versteckte  
 77 Bemerkungen über unser Aussehen, unser  
 78 vermeintlich süßes Verhalten oder andere  
 79 persönliche Dinge anzuhören.

80 • An dieser Stelle wollen wir nochmal  
 81 auf die besondere Situation von queeren  
 82 Personen – Lesben, Schwulen, Trans\*, Inter\*  
 83 und nicht-binären Personen – aufmerksam  
 84 machen. Durch doppelte bzw. mehrfache  
 85 Diskriminierung sind diese Personen noch  
 86 stärker von gesellschaftlicher Ausgrenzung,  
 87 Grenzüberschreitungen und Sexismus und  
 88 Queerfeindlichkeit betroffen. Gerade in  
 89 unserer Partei ist es wichtig, dass wir für

90 queere Menschen sichere Räume schaffen  
 91 und gesellschaftliche Machtverhältnisse  
 92 nicht reproduzieren, sondern bekämpfen.

93 • Die vorgeschlagenen Strukturen  
 94 beziehen sich bisher vorwiegend auf von  
 95 Sexismus betroffene Personen. Im  
 96 Bewusstsein, dass auch darüber hinaus  
 97 gehende Diskriminierungsformen wie  
 98 insbesondere Rassismus bestehen und auch  
 99 in unserer Partei zu Ausgrenzung und  
 100 Marginalisierung führen, wollen wir, dass  
 101 diese vorgeschlagenen Strukturen  
 102 weiterentwickelt werden und auch von  
 103 Rassismus betroffene Personen  
 104 unterstützen können bzw. Rassismus  
 105 bekämpfen.

106 • Die Linke Bremen führt verstärkt –  
 107 auch parteiintern – Veranstaltungsformate  
 108 durch, die sich mit Sexismus und  
 109 Queerfeindlichkeit beschäftigen und diese  
 110 bekämpfen..

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

# A11

Antragsteller\*innen: Kreisvorstand Mitte-Ost

## 1 Sexismus bekämpfen, anti-sexistische Kultur 2 in der Partei strukturell stärken

3 Der Landesparteitag beauftragt den  
 4 Landesvorstand:

5 1. Für einen Termin im Frühjahr 2020 zu  
 6 einer geeigneten Parteiveranstaltung (z.B.  
 7 Landesmitgliederversammlung) zum Thema  
 8 „Sexismus und anti-sexistische Kultur im  
 9 Landesverband“ einzuladen.

10 2. Bis dahin in Abstimmung mit der  
 11 Frauen-AG und den Kreisvorständen einen  
 12 Vorschlag zu erarbeiten, wie anti-sexistische  
 13 Kultur in der Partei strukturell besser  
 14 abgesichert werden kann.

15 3. Dabei insbesondere die Einrichtung  
 16 von Vertrauenspersonen/Ansprechpersonen  
 17 einzubeziehen, an die Betroffene sich  
 18 wenden können, und diese Position so zu  
 19 beschreiben, dass sie nach klaren Vorgaben  
 20 ausgeübt werden kann.



21 4. Zu prüfen, ob in der Landessatzung  
 22 unter den Rechten und Pflichten der  
 23 Mitglieder der Anspruch auf einen anti-  
 24 sexistischen, diskriminierungsfreien und  
 25 respektierenden Umgang innerhalb der Partei  
 26 verankert werden kann/soll.

Begründung:

Im Landesverband besteht unverkennbar der Bedarf, sich verstärkt mit dem Thema Sexismus und anti-sexistische Kultur auseinanderzusetzen und entsprechende Standards stärker zu verankern. Dafür muss es mehr Raum und Zeit geben, als auf einem Landesparteitag zur Verfügung steht.

Anti-sexistische Kultur muss sich auch in strukturellen Maßnahmen niederschlagen. Die Einrichtung von Vertrauenspersonen/Ansprechpersonen, wie wir sie auch für Betriebe und andere Zusammenhänge einfordern, gehört dabei auf die Liste zu prüfender Maßnahmen für

die Partei. Dafür muss die Konzeption einer solchen Ansprechstelle klar sein, um für alle Beteiligten eine verlässliche und sichere Grundlage herzustellen (z.B. Vertraulichkeit, Beratung zum weiteren Vorgehen, Tätigwerden im Auftrag der Betroffenen).

Weder die Landes- noch die Bundessatzung führen einen anti-sexistischen, diskriminierungsfreien, respektvollen Umgang mit anderen Mitgliedern unter den Rechten und Pflichten der Mitglieder auf. Das führt z.B. dazu, dass entsprechendes Fehlverhalten nicht ohne Weiteres einen Satzungsverstoß darstellt und dass Parteiordnungsverfahren nur unter dem Gesichtspunkt des parteischädigenden Verhaltens greifen können, was sehr weiten Interpretationsspielraum eröffnet. Wenn Sexismus Konsequenzen haben und anti-sexistische Kultur die Norm sein soll, sollte geprüft werden, ob dies auch in der Landessatzung deutlich zu machen wäre..

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

## A12

Antragsteller\*innen: Cornelia Barth

1 **Eine andere Drogenpolitik ist möglich – eine**  
 2 **andere Drogenpolitik ist nötig!**

3 Wir haben miteinander, bzw. mit unseren  
 4 Koalitionspartner\*innen eine gute Grundlage  
 5 für Veränderungen in der Drogenpolitik und  
 6 für eine erweiterte Palette der Drogenhilfe  
 7 gelegt. Diese Grundlage muss jetzt zügig in  
 8 die Realität umgesetzt werden.

9 Der Landesparteitag der LINKEN. erwartet,  
 10 dass die vereinbarten Verabredungen im  
 11 Umgang mit Cannabis umgesetzt werden und  
 12 es nicht mehr zu Anklagen und  
 13 Verurteilungen wegen Bagatelldelikten  
 14 kommt.

15 Des weiteren spricht sich der Landesparteitag  
 16 dafür aus, dass jetzt ein Senatsbeschluss für  
 17 die Einrichtung eines Drogenkonsumraumes  
 18 im nächsten Haushalt gefasst wird.

angenommen	
abgelehnt	

nicht befasst	
überwiesen an:	

## A13

Antragsteller\*innen: Claudia Bernhard,  
Medine Yildiz, Carmen Roland, Christoph  
Spehr, Birgit Menz, Fabrice Wendt

1 Verkaufsverfahren am Hulsberg stoppen –  
2 soziale Bodenpolitik und vorausschauende  
3 Gesundheitspolitik konkret machen!

4 Seit 2004 wird das Projekt des  
5 Krankenhausneubaus am Klinikum Bremen-  
6 Mitte (Teilersatzneubau) verfolgt. In diesem  
7 Zusammenhang wurde entschieden, einen  
8 großen Teil der bisher genutzten Fläche  
9 freizuziehen und für allgemeine Wohn- und  
10 Mischbebauung freizugeben. Mit dem  
11 Senatsbeschluss von 2008 zum veränderten  
12 „Masterplan“ wurde die Fläche, die weiterhin  
13 vom kommunalen Klinikverbund Gesundheit  
14 Nord Bremen (GeNo) genutzt werden soll,  
15 nochmals reduziert. Auf der freiwerden  
16 Fläche von ca. 14 Hektar soll das „Neue  
17 Hulsberg-Viertel“ entstehen.

18 Dabei wurden von Anfang an zwei Ziele  
19 verfolgt: Die Entwicklung eines neuen  
20 Stadtviertels und die Finanzierung eines Teils  
21 der Neubau-Kosten durch den  
22 Flächenverkauf. Die Vermarktung der Fläche  
23 wird durch die  
24 Grundstücksentwicklungsgesellschaft  
25 Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG  
26 (GEG) betrieben, eine Tochtergesellschaft der  
27 Stadt und der GeNo, die dazu 2013  
28 vertraglich beauftragt wurde. Die GEG  
29 wiederum hat dafür das private  
30 Projektentwicklungs-Unternehmen „Hamburg  
31 Team“ beauftragt. In diesem Jahr wurden die

32 ersten Flächen verkauft. Der Verkauf der  
33 weiteren Flächen (noch etwa 80%) steht an.

34 Die Bodenpreise am Hulsberg sind  
35 außerordentlich gestiegen und liegen bereits  
36 bei ca. 1.700 Euro/qm. Insgesamt soll ein  
37 Verkaufswert von ca. 85 Mio. Euro erzielt  
38 werden, von dem aufgrund der hohen  
39 Entwicklungs- und Vermarktungskosten  
40 allerdings nur ca. 50 Mio. Euro bei der GeNo  
41 ankommen werden. Am Ende soll keine  
42 einzige Fläche des „Neuen Hulsberg-Viertels“  
43 mehr im Besitz der Stadt oder einer  
44 kommunalen Gesellschaft sein. Die Fläche  
45 wird – so die derzeitige Planung – vollständig  
46 privatisiert.

47 Die Orientierung auf den kompletten Verkauf  
48 der Fläche zu hohen Bodenpreisen ist falsch.  
49 Sie entspricht nicht der erklärten Absicht des  
50 Koalitionsvertrags, den Verkauf städtischer  
51 Flächen umgehend zu beenden und  
52 stattdessen auf eine fortschrittliche  
53 Bodenpolitik zu setzen, die das öffentliche  
54 Eigentum an städtischen Flächen bewahrt  
55 und vorzugsweise mit Vergabe in Erbpacht  
56 arbeitet. Sie entspricht nicht dem Ziel, mehr  
57 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und  
58 alternative Eigentumsformen wie  
59 Genossenschaften zu stärken, denn die  
60 hohen Preise schränken den Spielraum für  
61 soziale Ziele massiv ein. Selbst die noch von  
62 der alten Landesregierung beschlossene neue  
63 Grundstückrichtlinie, wonach alternativ zum  
64 Verkauf öffentlicher Flächen die Vergabe in  
65 Erbpacht zu prüfen ist, wird ignoriert.

66 Im Gegensatz zu Erbpachtverträgen bietet  
67 der Flächenverkauf keine Garantie, dass die  
68 im städtebaulichen Vertrag festgesetzten  
69 Nutzungen dauerhaft erhalten bleiben. Über  
70 einen längeren Zeitraum kann es so zu einer  
71 vollständigen sozialen Entmischung und zu  
72 einem Verlust der derzeit teilweise noch  
73 vorgesehenen kulturellen oder  
74 gesundheitsnahen Nutzungen kommen.

75 Auch die Voraussetzungen der  
76 Krankenhausplanung haben sich verändert.  
77 Im Interesse einer guten  
78 Gesundheitsversorgung und einer  
79 zeitgemäßen Weiterentwicklung der GeNo  
80 besteht ein hohes Interesse, die stationäre  
81 Versorgung stärker mit anderen Angeboten  
82 zu verzahnen. Dadurch entsteht  
83 Flächenbedarf: Für teilstationäre Angebote,  
84 Tagespflege, Ärztehäuser, Medizinische  
85 Versorgungszentren, Ausbildung und  
86 Weiterbildung. Im Zuge des  
87 Fachkräftemangels wäre auch ein  
88 arbeitsplatznahes Wohnungsangebot ein  
89 kluger strategischer Zug.

90 Alle diese Möglichkeiten – Entwicklung des  
91 Neuen Hulsberg-Viertels zu einem sozial  
92 durchmischten, bezahlbaren Wohnviertel und  
93 Nutzung der eigenen Fläche für neue Bedarfe  
94 der Gesundheitsversorgung – werden derzeit  
95 durch die stramme Verkaufsplanung und die  
96 Vorgabe der maximalen Inwertsetzung  
97 verhindert. Daher ist ein Kurswechsel  
98 notwendig: Vergabe in Erbpacht statt  
99 Verkauf, leistbare Bedingungen für soziale  
100 Projekte, Berücksichtigung von  
101 Flächenbedarfen für die zukünftige GeNo-  
102 Entwicklung.

103 Ein solcher Kurswechsel ist nicht nur die  
104 einzige Möglichkeit für eine soziale  
105 Stadtentwicklung und eine vorausschauende  
106 Gesundheitspolitik. Ein solcher Kurswechsel  
107 ist auch ökonomisch vernünftig. Die

108 zukünftige Bodenwertsteigerung verbleibt bei  
109 der Stadt, anstatt privaten Investoren zugute  
110 zu kommen. Zu einem späteren Zeitpunkt  
111 Flächen für Bedarfe des Klinikums neu  
112 anzukaufen, wird wesentlich teurer kommen  
113 und ungünstigere Lagen in Kauf nehmen  
114 müssen. Der Einmaleffekt des Verkaufs  
115 verbessert nicht das operative Ergebnis der  
116 GeNo. Er stopft nur kurzfristige Finanzlücken,  
117 um den Preis, die Wirtschaftlichkeit langfristig  
118 zu verschlechtern.

119 Um die bereits für Krankenhausinvestitionen  
120 der GeNo verplanten Verkaufseinnahmen zu  
121 kompensieren, gibt es verschiedene  
122 Möglichkeiten. Die Fläche könnte von der  
123 Stadt oder einer öffentlichen Gesellschaft  
124 gekauft werden (z.B. vom  
125 Versorgungsvorsorge-Fonds oder von der  
126 Aufbaubank) und mit einem moderaten,  
127 gestaffelten Erbbauzins vergeben werden,  
128 was im aktuellen Niedrigzins-Umfeld eine  
129 sinnvolle Anlage darstellt. Ebenso könnte die  
130 Fläche dauerhaft bei der GeNo verbleiben  
131 und der kurzfristige Einnahmeausfall durch  
132 eine Erhöhung des Betriebsmittelkredits  
133 (oder durch Kapitalaufstockung) kompensiert  
134 werden. Die GeNo würde so mit einem Teil  
135 der Fläche dauerhafte, ergebnisverbessernde  
136 Einnahmen durch Erbpacht erzielen. Keine  
137 dieser Optionen würde sich negativ auf den  
138 von der Schuldenbremse vorgegebenen  
139 Ausgabenspielraum im Haushalt auswirken.

140 Die LINKE im Land Bremen fordert den Senat  
141 auf, jetzt die Voraussetzungen für einen  
142 Kurswechsel beim Hulsberg-Viertel zu  
143 schaffen:

- 144 ○ Sofortiges Moratorium für den
- 145 Verkauf weiterer Flächen. Dafür sind
- 146 entsprechende
- 147 Gesellschafterbeschlüsse bei GeNo
- 148 und GEG herbeizuführen.

- 149      ○ Neue Bedarfsermittlung seitens GeNo  
150      und Gesundheitsressort bezüglich der  
151      Flächen im Hulsberg-Viertel. Dabei  
152      sind z.B. die Bildungsakademie, das  
153      Institut für Hygiene, das Institut für  
154      Pharmakologie und ein Wohnhaus für  
155      Pflegekräfte, Ärzt\*innen und  
156      Auszubildende zu berücksichtigen  
157      und Spielräume für jetzt noch nicht  
158      abschließend zu benennende  
159      Optionen einzuplanen.
- 160      ○ Erstellen einer  
161      Entscheidungsgrundlage, ob die nicht  
162      von der GeNo genutzten Flächen im  
163      Eigentum der GeNo verbleiben sollen  
164      (die sie dann per Erbpacht vergeben  
165      kann), oder ob eine andere  
166      öffentliche Gesellschaft oder Einheit  
167      die Flächen von der GeNo erwerben  
168      soll (und dann als Erbpachtgeber  
169      agieren soll). Im gleichen Zug muss  
170      geklärt werden, wie der unmittelbare  
171      Einnahmeverlust der GeNo (durch  
172      den Verzicht auf Verkauf)  
173      kompensiert wird.
- 174      ○ Anpassung der Ausschreibungen für  
175      nicht von der GeNo genutzte Flächen  
176      an eine Vergabe in Erbpacht (evtl. mit
- 177      Ausnahme kommunaler  
178      Wohnungsbaugesellschaften). Die  
179      Verringerung der Vermarktungsfläche  
180      soll nicht auf Kosten des sozialen  
181      Wohnungsbaus und der  
182      Baugemeinschaften gehen.  
183      Erbpachtverträge sollen so gestaltet  
184      werden, dass soziale Nutzungen  
185      gefördert und dauerhaft gesichert  
186      werden.
- 187      ○ Neuverhandlung der Verträge mit  
188      GEG und Hamburg Team  
189      dahingehend, dass weniger Flächen  
190      vermarktet werden und dass von  
191      Verkauf auf Erbpacht umgestellt  
192      wird.
- 193      Soziale Stadtentwicklung und  
194      vorausschauende Krankenhauspolitik am  
195      Hulsberg sind möglich. Es ist richtig und  
196      notwendig, dafür mit der neoliberalen  
197      Haltung der maximalen Inwertsetzung,  
198      Privatisierung und kurzfristigen Erlöserzielung  
199      zu brechen. Ein Stopp des Verkaufsverfahrens  
200      ist nichts anderes als die Konkretisierung der  
201      nachhaltigen Bodenpolitik, die sich die neue  
202      Koalition nach eigenen Aussagen zum Ziel  
203      setzt.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

# A14

Antragsteller\*innen: Fabrice Wendt,  
Friederike Emole, Fatma Nas, Birgit Menz

- 1 **Pflege im Krankenhaus, sowie in stationären**
- 2 **Einrichtungen und ambulanten**
- 3 **Pflegediensten der Altenpflege und**
- 4 **Heilerziehungspflege gleichwertig**
- 5 **betrachten.**
- 6 Pflege geht uns alle an.
- 7 Jeder Mensch kann jederzeit, an jedem Ort in
- 8 die Situation kommen, eine nach dem Gesetz
- 9 definierte Pflegebedürftigkeit zu erlangen. Sei
- 10 es durch Unfall, Krankheit oder durch Geburt.
- 11 Daher ist es von äußerster Dringlichkeit, dass
- 12 sich die Partei Die LINKE. Bremen noch
- 13 stärker dafür einsetzt, in der Gesellschaft und
- 14 auch in der Politik selbst, alle Formen der
- 15 Pflegeberufe gleichwertig und als Gesamtbild
- 16 zu betrachten.

Begründung:

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

Die Situation sieht derzeit so aus, dass sich der Begriff „Pflege“ in den meisten Handlungen der Politik auf Krankenhäuser bezieht und die Altenpflege, wie auch die Heilerziehungspflege hinten über fällt.

Formal gesehen gehört die Altenpflege und die Heilerziehungspflege in Bremen zwar zum Ressort und entsprechend zur Senatorin für Soziales, etc., jedoch sollten wir als Partei dafür eintreten, die Pflegeberufe gleichwertig und als Gesamtbild zu betrachten, denn Pflege ist nicht nur eine Sache der Krankenhäuser, sondern auch – und zum Teil vor allem, eine Sache der Altenpflege und der häuslichen Krankenversorgung.

Pflege darf nicht differenziert werden. Alle Bereiche der Pflege gehören zusammen und für alle Bereiche müssen wir gleichwertig eintreten und kämpfen.

# A15

Antragsteller\*innen: Cornelia Barth,  
Christoph Spehr, Andreas Hein-Foge

- 1 **Genug gebremst!**
- 2 **Schuldenbremse ablehnen – finanzielle**
- 3 **Spielräume erweitern**

- 4 Der Abschied von der Schuldenbremse hat
- 5 begonnen. Zehn Jahre nach der
- 6 Festschreibung der Schuldenbremse im
- 7 Grundgesetz ist die Diskussion um ihre
- 8 Abschaffung oder zumindest Aufweichung in
- 9 vollem Gang. Bundesweit mehrten sich die
- 10 kritischen Stimmen. Marcel Fratzscher, Leiter
- 11 des Deutschen Instituts für

12 Wirtschaftsforschung (DIW), bezeichnet die  
13 Schuldenbremse als „Fetisch“. Sie sei  
14 „unsinnig“ und schädlich, da sie Investitionen  
15 „bei der Infrastruktur, der Bildung und der  
16 Innovation“ verhindert. Michael Hüther,  
17 Leiter des arbeitgebernahen Instituts der  
18 deutschen Wirtschaft (IW), nennt die  
19 Schuldenbremse ebenfalls „nicht mehr  
20 zielführend“. Er fordert eine Abkehr von der  
21 „schwarzen Null“ und eine „Flexibilisierung“  
22 der Schuldenbremse, um Kredite zum Abbau  
23 des Investitionsstaus aufnehmen zu können.  
24 In eine ähnliche Richtung bewegt sich ein  
25 Impulspapier der Grünen auf Bundesebene  
26 unter dem Titel „In die Zukunft investieren“.

27 Die Rahmenbedingungen haben sich  
28 verändert. Die Schuldenbremse war eine  
29 konservative Reaktion auf die Folgen der  
30 Finanzkrise 2008/2009, in der die  
31 Staatsschulden – durch die Ausgaben für  
32 Bankenrettung und Konjunkturprogramme –  
33 sprunghaft anstiegen. Statt diese Ausgaben  
34 durch Besteuerung hoher Vermögen und  
35 Einkommen zu refinanzieren, wurde mit der  
36 Schuldenbremse ein Zwang zur  
37 Ausgabenkürzung geschaffen. Zehn Jahre  
38 später ist die Staatsverschuldung in  
39 Deutschland von 80 Prozent des  
40 Bruttoinlandsprodukts wieder auf unter 60  
41 Prozent gefallen. Die Zinsen sind so niedrig,  
42 dass man mit dem Aufnehmen von Darlehen  
43 sogar Geld verdienen kann. Gleichzeitig sind  
44 die Folgen des öffentlichen Investitionsstaus  
45 allgegenwärtig: Von den Schulen bis zur  
46 Bahn, von Forschung und Entwicklung bis zur  
47 Bildung, vom Internet-Ausbau bis zu den  
48 erneuerbaren Energien.

49 Die objektive Anforderung, bis 2035  
50 klimaneutral zu werden, ist ohne große  
51 Investitionen in Infrastruktur nicht zu  
52 schaffen. Ein derart radikaler Umbau der  
53 Energieerzeugung, der Mobilität und der  
54 Stoffkreisläufe in derart kurzer Zeit muss

55 kreditfinanziert werden. Andernfalls würden  
56 soziale Spaltung und Verarmung drastisch  
57 zunehmen, die Konjunktur abgewürgt und die  
58 gesellschaftliche Akzeptanz für die  
59 Klimawende verspielt. Das eher symbolische  
60 „Klimapaket“ der Bundesregierung opfert den  
61 Stopp der globalen Erwärmung der  
62 schwarzen Null. Das ist das Gegenteil von  
63 Generationengerechtigkeit, denn die heute  
64 Jungen werden die Folgen einer ökologisch  
65 katastrophalen Situation tragen.

66 Die Schuldenbremse blockiert nicht nur  
67 öffentliche, sondern auch private  
68 Investitionen. Investitionen der Unternehmen  
69 haben zur Voraussetzung, dass sich ihre  
70 Profitabilität abschätzen lässt. Da der Staat  
71 sich nicht entscheidet, ob er den Startschuss  
72 zur klimaneutralen Wende gibt oder die  
73 Klimakrise aussitzt, gibt es keine Klarheit über  
74 die zukünftigen wirtschaftlichen  
75 Rahmenbedingungen, und somit auch keine  
76 Grundlage für langfristige private  
77 Investitionen. Stattdessen fließt das  
78 überreichlich vorhandene private Kapital in  
79 Spekulation: Mit Boden und Immobilien, mit  
80 Rohstoffen, und schon wieder mit  
81 Finanzprodukten.

82 Der Ausstieg aus der Schuldenbremse ist  
83 überfällig. Die Idee des grünen  
84 „Impulspapiers“, auf Bundesebene eine  
85 Vielzahl von „Investitionsgesellschaften“ zu  
86 schaffen und mit Kreditermächtigungen  
87 auszustatten, ist dafür nicht ausreichend.  
88 Langfristig würde dieser Versuch, die  
89 Schuldenbremse beizubehalten und  
90 kreditfinanzierte Investitionen vollständig an  
91 eigene „Investitionsgesellschaften“ zu  
92 übergeben, den Charakter des Staates  
93 verändern. Die öffentlichen Ausgaben  
94 würden dann nur noch indirekt demokratisch  
95 kontrolliert. Der Bruch mit der  
96 Schuldenbremse ist daher auch ein Gebot der  
97 Demokratie.

98 Solange die Schuldenbremse nicht auf  
99 Bundesebene abgeschafft wird, müssen auf  
100 Landesebene allerdings die Möglichkeiten  
101 konsequent genutzt werden, zusätzliche  
102 finanzielle Spielräume zu erschließen. Für das  
103 Land Bremen waren diese Möglichkeiten  
104 durch die Sanierungsverträge 2011-2019  
105 stark eingeschränkt. Ab 2020 sieht die  
106 Situation anders aus.

107 Die Schuldenbremse lässt eine Reihe von  
108 Wegen offen, öffentliche Ausgaben über  
109 Kredite zu finanzieren. Sie verbietet nicht,  
110 öffentliche Unternehmen mit öffentlichen  
111 Aufgaben zu betrauen, für die diese  
112 Unternehmen Kredite aufnehmen –  
113 vorausgesetzt, sie haben zur Hälfte  
114 Einnahmen, die nicht vom Staat kommen.  
115 Das gilt z.B. für alle kommunalen und  
116 bundesstaatlichen Verkehrs- und  
117 Wohnungsbauunternehmen, für die  
118 Krankenhäuser und Energieunternehmen  
119 usw. Ebenso kann der Staat Beteiligungen an  
120 Unternehmen erwerben oder aufstocken und  
121 dies mit Krediten finanzieren. Dazu gehört  
122 auch, eigenen Unternehmen Kapital  
123 zuzuführen: Jede Kapitalerhöhung bei  
124 Flughafen, GeNo oder BSAG wird nicht auf die  
125 Schuldenbremse angerechnet, auch wenn  
126 dafür neue staatliche Kredite aufgenommen  
127 werden.

128 Die bisherige Finanzplanung der rot-grün-  
129 roten Koalition in Bremen zeigt, dass der  
130 politische Wille deutlich stärker werden  
131 muss, auf kreative Weise finanzielle  
132 Spielräume zu erschließen. Der Haushalt  
133 2020/2021 ist überlastet mit Vorbelastungen  
134 und Ausgabenrisiken, die noch aus der alten  
135 Legislaturperiode stammen. Wenn die neuen  
136 Vorhaben des Koalitionsvertrags sich nicht in  
137 symbolischen Maßnahmen,  
138 „Modellprojekten“ und Kosmetik erschöpfen

139 sollen, müssen die Möglichkeiten  
140 entschlossen genutzt werden, trotz  
141 Schuldenbremse öffentliche Investitionen  
142 und zukunftsorientierte Ausgaben zu  
143 realisieren.

144 Die Optionen sind bekannt. Schul- und Kita-  
145 Bau kann durch Beauftragung von GEWOBA  
146 und BREBAU beschleunigt werden. Der  
147 Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs kann  
148 von der BSAG selbst kreditfinanziert werden.  
149 Die BREBAU (als GmbH, die vollständig in  
150 öffentlichem Besitz ist) könnte zu einer  
151 Stadtentwicklungsgesellschaft  
152 weiterentwickelt werden. Rücklagen,  
153 Vorsorgefonds und die Aufbaubank können  
154 für Investitionen oder Flächenankauf genutzt  
155 werden. Wirtschaftsförderung ist auf dem  
156 Wege der Beteiligung  
157 schuldenbrensenneutral möglich.

158 All das wird nicht von der Schuldenbremse  
159 verhindert. Es ist eine Frage des politischen  
160 Willens. Wenn diese Möglichkeiten, den  
161 Haushalt durch alternative Kreditfinanzierung  
162 zu entlasten, nicht wahrgenommen werden,  
163 wird die Debatte um Einnahmesteigerungen  
164 geführt werden müssen, z.B. durch eine  
165 Erhöhung der Gewerbesteuer.  
166 Wirtschaftspolitisch wäre dies nicht  
167 wünschenswert. An einer Ausweitung der  
168 Ausgaben für Bildung, Soziales, Wohnen und  
169 Nahverkehr führt jedoch kein Weg vorbei.

170 Wir fordern daher Koalition und Senat dazu  
171 auf, im Rahmen der Haushaltsberatungen  
172 intensiver als bisher alternative  
173 Finanzierungsmöglichkeiten einzuplanen, um  
174 den Spielraum für die politischen Projekte zu  
175 erschließen, die jetzt notwendig sind. Die  
176 Schuldenbremse bleibt weiterhin falsch. Sie  
177 darf aber nicht zur Ausrede werden, sich das  
178 nicht zu trauen, was trotz Schuldenbremse  
179 möglich ist. Bremen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	



## Kandidatur für den Landesvorstand

Liebe Genoss\*innen,

mein Name ist Anna Fischer und ich kandidiere für den Landesvorstand. Ich bin 22 Jahre alt, seit fünf Jahren Mitglied der Partei und seit über sechs Jahren Mitglied und aktiv im Jugendverband. Ich bin in Bremen geboren und aufgewachsen und studiere hier mittlerweile im siebten Semester Politikwissenschaft und Kommunikations- und Medienwissenschaft.



Ich bin momentan schwerpunktmäßig im Bündnis "Together we are Bremen" (TWAB) aktiv. TWAB ist ein selbstorganisiertes Bündnis von geflüchteten jungen Menschen und weiteren Aktivist\*innen, die gegen Rassismus und Ausgrenzung und für Bleiberecht, Bildung und eine Stadt für Alle kämpfen.

Ich kandidiere für den Landesvorstand, weil ich glaube, dass es gerade jetzt wichtig ist, dass der Landesverband möglichst stark aufgestellt ist um die verschiedenen aktuellen Herausforderungen linker Politik gut zu meistern.

Mir ist es wichtig, dass wir als Landesverband als Korrektiv – als kritische Stimme – gegenüber den Abgeordneten und Senator\*innen in der Regierung agieren. Wir müssen es schaffen, die vielen Stimmen der Straße weiter an das Parlament heran zu tragen und mit unserer Politik soziale Bewegungen zu stärken.

Auch Unabhängig von unserer Regierungsbeteiligung ist linke Politik momentan so wichtig wie lange nicht mehr. Rechte Ideen sind längst auch in der gesellschaftlichen Mitte salonfähig geworden und die Neuigkeiten über rechtsradikale Angriffe auf Geflüchtete und Migrant\*innen, auf Antifaschist\*innen, Jüd\*innen und andere Minderheiten sind dabei zur Normalität zu werden. Gleichzeitig gibt es Bewegungen die Hoffnung machen: junge Menschen die gegen die Klimakrise und für eine bessere Zukunft auf die Straße gehen, queerfeministische und antirassistische Stimmen, die lauter und drängender für bessere gesellschaftliche Teilhabe kämpfen. Ich finde es wichtig, dass wir bei aktuell stattfindenden politischen Auseinandersetzungen und Kämpfen lautstark dabei sind!

Sowohl in der Regierungsbeteiligung, als auch auf der Straße können wir nur dann stark vertreten sein, wenn wir als Partei auch entsprechend aufgestellt sind. Wir brauchen viele Menschen, die motiviert sind, linke Politik im Rahmen unserer Partei in die Hand zu nehmen. Wir brauchen Strukturen, die attraktiv sind, um sich in der Partei zu engagieren und eine parteiinterne Atmosphäre die motiviert und Mut macht. Mir ist es wichtig, dass wir vor allem junge Menschen ansprechen und überzeugen aktiv zu werden. Ich glaube, dass wir gerade auf einem guten Weg dafür sein könnten und hoffe, dass wir diesen auch tatsächlich weiter gehen.

Im Landesvorstand möchte ich mich für diese Dinge einsetzen. Ich möchte mich insbesondere dabei einbringen, die Strukturen der Partei wo möglich umzubauen und attraktiver zu machen und hoffe, dass es noch viele andere motivierte Menschen gibt, die daran ebenfalls mitwirken wollen!

## Bewerbung für den Landesvorstand



### Christoph Spehr

\*20.05.1963; Kreisverband Mitte-Ost

In den vergangenen Jahren haben wir uns als ein engagierter, kämpferischer, kluger und eingreifender Landesverband in Bremen und Bremerhaven etabliert. Wir haben viel Druck gemacht für eine soziale Mieten- und Bodenpolitik und gegen Spekulation, für bessere Personalausstattung und gegen die Schuldenbremse, für eine offene Stadtgesellschaft und gegen Rechts, für Klimaschutz und gegen Hartz IV.

Mit dem Eintritt in eine rot-grün-rote Bremer Landesregierung haben wir als Landesverband ein neues Kapitel aufgeschlagen. Bei allem Realismus muss klar sein: Dies muss sich in einer linken Handschrift nicht nur auf dem Papier, sondern in der Realität niederschlagen. Wir sollten daher vor der Mitte der Legislaturperiode eine gemeinsame Zwischenbilanz ziehen – um Konsequenzen für unser Handeln zu ziehen und z.B. mit geschärften Zielen und Forderungen bereits an die Aufstellung des zweiten Koalitions-Haushalts heranzugehen. Es wird zu den Aufgaben des neuen Landesvorstands gehören, eine solche Zwischenbilanz für das Frühjahr 2021 vorzubereiten und die Diskussion zu organisieren.

Eigenständig als Partei sichtbar sein, sozialistische Politik in Bewegungen, in Parlamenten und in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu machen: An dieser zentralen Aufgabe des Landesverbands ändert sich nichts. Der Landesvorstand muss Mitglieder, Landesverband, Kreise und Beiräte dabei unterstützen und mit Vorschlägen und Inhalten vorangehen.

Auch wir stehen vor der Frage: Wenn neoliberale Hegemonie derzeit stärker in Frage gestellt wird (z.B. in Klima- und Finanzpolitik), wenn Bewegungen deutlich antikapitalistische Forderungen erheben (z.B. in der Wohnungspolitik), wenn die von uns immer angegriffene Politik der Agenda 2010 zunehmend als falsch erkannt wird – warum stärkt uns das als Partei nicht entsprechend? Darüber müssen wir reden, im Rahmen der Strategiedebatte der Bundespartei und mit einer eigenständigen Diskussion im Landesverband.

Ursprünglich hatte ich vorgehabt, für das Amt des stellvertretenden Landessprechers zu kandidieren. Nachdem Felix mitgeteilt hat, dass er nicht mehr als Landessprecher zur Verfügung stehen möchte, bewerbe ich mich um die Position des Landessprechers. Ich bin Mitglied im Kreisvorstand Mitte-Ost, war 2008-2015 Landessprecher, arbeite als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Fraktion. Neben der Partei engagiere ich mich u.a. seit Langem im Bereich der internationalen Solidaritätsarbeit und Nord-Süd-Gerechtigkeit.